

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

am Mittwoch, dem 23.01.2019

im Neuen Rathaus
Raum 1.8
Großflecken 59
24534 Neumünster

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:26 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Sami Inci

Ratsfrau / Ratsherr

ab TOP 8

Herr Dirk-Justus Hentschel

Herr Andreas Hering

Herr Klaus-Dieter Iwers

Herr Thorsten Klimm

Herr Fatih Mutlu

ab TOP 3

Frau Babett Schwede-Oldehus

Bürgerschaftsmitglieder

ab TOP 7.1

Herr Dr. Johann Oltmann Schröder

Frau Harmke Janssen

Frau Melanie Kalz

Herr Holger Karl-Schostag

Frau Marianne Lingelbach

Außerdem anwesend

Geschäftsführer Jobcenter Neumünster

Forum der Vielfalt

KAG der freien Wohlfahrtsverbände

9 Zuhörer*innen

1 Pressevertreter

Herr Thorsten Hippe

Frau Natali Schnar

Herr Heinrich Deicke

Von der Verwaltung

Erster Stadtrat

FDL'in 53

Abteilungsleiterin 50.1

FD 03, Sozialplaner

FD 03, Integrationskoordinatorin

FD 03, Geschäftsführerin SGA

Personalrat

Herr Carsten Hillgruber

Frau Dr. Alexandra Barth

Frau Susanne Fricke

Herr Arne Bollen

Frau Eilean Layden

Frau Gudrun Folchert

Herr Georg Müller

Entschuldigt:

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Stefan Helmers

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Dringliche Vorlagen
4.	Genehmigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 23.01.2019
5.	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 20.11.2018
6.	Einwohnerfragestunde
7.	Anträge und Anfragen
7.1.	Antrag der BfB-Ratsfraktion vom 04.12.2018 zum Doppelhaushalt 2019/2020; Jährlicher Zuschuss für den Verein HILFS.Punkt e.V. Vorlage: 0058/2018/An
8.	Umsetzung Handlungskonzept Armut; hier: Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt durch Umsetzung des Teilhabechancengesetzes (Neue Maßnahme) Vorlage: 0267/2018/DS
9.	Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Kreis Nordfriesland über die Verwaltungsgemeinschaft zur Kenntnisprüfung nach dem Heilpraktikergesetz Vorlage: 0257/2018/DS
10.	Bildung, Erziehung, Betreuung und Förderung von Kindern mit Behinderung oder von Behinderung bedrohter Kinder in den Kindertageseinrichtungen in der Stadt Neumünster Hier: Konzept zur Umstrukturierung Vorlage: 0266/2018/DS
11.	Ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung der Stadt Neumünster, hier: Berufung in eine ehrenamtliche Tätigkeit Antrag der Fraktion DIE LINKE.NEUMÜNSTER an den Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 05.11.2018 betreffend „Beirat für Menschen mit Behinderung“ Vorlage: 0269/2018/DS
12.	Mitteilungen

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er schlägt vor, unter TOP 3. – neu – die Tagesordnung um „Dringliche Vorlagen“ zu erweitern und die Vorlagen 0058/2018/An unter neu TOP 7.1 und 0269/2018/DS unter neu TOP 11. zu behandeln.

Die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratende Tagesordnungspunkte sind nicht vorhanden.

3 .	Dringliche Vorlagen
-----	---------------------

Der Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit der Vorlagen 0058/2018/An und 0269/2018/DS abstimmen.

Die Dringlichkeit wird einstimmig von den acht anwesenden, stimmberechtigten Ausschussmitgliedern beschlossen. Somit ist die erforderliche Anzahl von 2/3 der gesetzlich stimmberechtigten Mitglieder erreicht.

Die beiden dringlichen Vorlagen werden wie unter den oben unter 1. genannten Tagesordnungspunkten 7.1 und 11. eingereiht.

Beschluss:

Einstimmig beschlossen

4 .	Genehmigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 23.01.2019
-----	---

Als Tischvorlagen liegen die Vorlagen 0058/2018/An und 0269/2018/DS vor.

Die entsprechend TOP 3 geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

5 .	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 20.11.2018
-----	---

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 20.11.2018 wird einstimmig angenommen.

6 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Fragen vor.

7 .	Anträge und Anfragen
7.1 .	Antrag der BfB-Ratsfraktion vom 04.12.2018 zum Doppelhaushalt 2019/2020; Jährlicher Zuschuss für den Verein HILFS.Punkt e.V. Vorlage: 0058/2018/An

Nach Worterteilung erläutert Herr Erster Stadtrat Hillgruber den Vorschlag der Verwaltung. Der Vorschlag lautet, dem Verein HILFS.Punkt e.V. im Doppelhaushalt 2019/2020 einen jährlichen Sachkostenzuschuss als Mietkostenzuschuss i.H.v. 5.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

Der Stadtteilbeiratsvorsitzende Böcklersiedlung/Bugenhagen, Herr Christian Schättiger, ist als Zuhörer anwesend und erhält das Wort zur Erläuterung des Antrages, da er den Verein und dessen Tätigkeit von Beginn an begleitet hat.

Er erläutert, dass der Verein mit professioneller Unterstützung der Hamburger Firma „Plankontor“ gegründet worden sei und bis 2010 Fördermittel erhalten hätte. Seitdem werde er ehrenamtlich weitergeführt. Der Verein biete den Bewohner*innen des Stadtteils, der nicht historisch gewachsen und ein sozialer Brennpunkt gewesen sei, wichtige Unterstützung.

So sei er Anlaufstelle für Alteingesessene, z. T. alte Bewohner*innen als auch für neu hinzuziehende Menschen.

Anschließend werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

U.a. erkundigt sich Herr Karl-Schostag, ob der Verein nur im Bereich der Böcklersiedlung zuständig sei oder ob dessen Tätigkeit auf andere Bereiche ausgeweitet werden könne.

Dies sei lt. Herrn Schättiger möglich, da es sich um einen gemeinnützigen Verein handle, der jedoch personelle Grenzen habe.

Der Verein habe incl. der passiven zzt. ca. 35 Mitglieder. Einnahmen generierten sich aus Veranstaltungen wie z.B. dem jährlichen beliebten Flohmarkt sowie sporadischen Spenden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag mit der Ergänzung, dass der beantragte Sachkostenzuschuss i.H.v. jährlich 5.000 Euro als Mietkostenzuschuss für den Doppelhaushalt 2019/2020 bewilligt wird, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Beschluss:

Geändert beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

Herr Inci erbittet einen Bericht im Sozial- und Gesundheitsausschuss über die weitere Tätigkeit des Vereins.

8 .	Umsetzung Handlungskonzept Armut; hier: Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt durch Umsetzung des Teilhabechancengesetzes (Neue Maßnahme) Vorlage: 0267/2018/DS
-----	--

Der Vorsitzende gibt das Wort an den Ersten Stadtrat Hillgruber zwecks Einführung weiterer.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber erläutert, dass es sich vorliegend um keine Maßnahme aus dem Handlungskonzept Armut handele, sondern um einen neuen Sachverhalt im Wege der Umsetzung des Teilhabe-Chancen-Gesetzes. Dieses Gesetz biete gute Finanzierungsmöglichkeiten und Bedingungen zur Senkung der Fallzahlen im Bereich der Langzeitarbeitslosen.

Herr Hippe erhält das Wort für weitere Erläuterungen und führt aus, wie das Gesetz praktisch umgesetzt werden solle.

Anschließend folgen Fragen der Ausschusmitglieder.

Die Verwaltung erhält ein großes Lob, diese Vorlage schon zum 23.01.2019 eingebracht zu haben, denn das Gesetz sei erst am 01.01.2019 in Kraft getreten.

Kritisch hinterfragt wird die Zahl „nur 20 Plätze“ als Ziel.

Hierzu erläutert Herr Hippe eingehend, dass es sich um 20 Vollzeitstellen handele, die sich voraussichtlich auf mehrere Personen aufteilen würden. Herr Hippe legt dar, dass diese Zahl dann im Verhältnis in etwa der Zielvorgabe bei der Stadt Kiel entspreche.

Er betont auch, dass es sich um ein 5-Jahres-Programm handele und das Jobcenter diesen Zeitraum flexibel ausgestalten wolle.

Sowohl die Ausschusmitglieder als auch Herr Hippe erachten es als wichtig, dass die unter diese Maßnahme fallenden Beschäftigten letztendlich fest und möglichst viele in Vollzeit übernommen werden sollten.

Auch sei eine Beschäftigung über fünf Jahre nach mehreren Jahren Arbeitslosigkeit eine gute Ausgangslage, um sich weiter zu bewerben.

Die Menschen, die auf Grund des Teilhabe-Chancen-Gesetzes betreut werden würden, profitierten auch in persönlicher Hinsicht von ihrer beruflichen Integration.

Herr Hippe weist auf eine Info-Veranstaltung zum Teilhabe-Chancen-Gesetz am 28.01.2019 um 17:00 Uhr im „LogIn“ hin.

Frau Schwede-Oldehus merkt an, dass auch die Arbeitgeber*innen begleitet werden müssten. Dies sei lt. Herrn Hippe vorgesehen.

Der Vorsitzende lässt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Beschluss:

Beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

9 .	Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Kreis Nordfriesland über die Verwaltungsgemeinschaft zur Kenntnisprüfung nach dem Heilpraktikergesetz Vorlage: 0257/2018/DS
-----	--

Nach Worterteilung durch den Vorsitzenden gibt Herr Erster Stadtrat Hillgruber eine kurze Einführung.

Fragen werden nicht gestellt.

Der Vorsitzende lässt abstimmen.

Beschluss:

Einstimmig beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

10 .	Bildung, Erziehung, Betreuung und Förderung von Kindern mit Behinderung oder von Behinderung bedrohter Kinder in den Kindertageseinrichtungen in der Stadt Neumünster Hier: Konzept zur Umstrukturierung Vorlage: 0266/2018/DS
------	---

Das vom Vorsitzenden erhaltene Wort leitet Herr Erster Stadtrat Hillgruber an Frau Fricke weiter, die ins Thema einführt.

Frau Fricke betont, dass es aktuell um den Bereich der Eingliederungshilfe für Kinder vor dem Schuleintritt gehe. Neu beinhalte das vorliegende Konzept, dass Familien bei der Auswahl der Kita grundsätzlich frei seien und es im Rahmen von Inklusion Fachleistungsstunden für betroffene Kinder gebe. Die freie Auswahl der Kita bedinge allerdings auch, dass Eltern Kita-Beiträge zahlen müssten. Die Möglichkeiten und Grenzen der Inklusion werden kontrovers diskutiert. Herr Dr. Schröder führt aus, bei der Umsetzung der Inklusion würden Erfahrungen gesammelt werden und wichtig sei es, für dieses Thema offen zu sein.

Der Vorsitzende lässt abstimmen.

Beschluss:

Einstimmig beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

11 .	Ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung der Stadt Neumünster, hier: Berufung in eine ehrenamtliche Tätigkeit Antrag der Fraktion DIE LINKE.NEUMÜNSTER an den Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 05.11.2018 betreffend „Beirat für Menschen mit Behinderung“ Vorlage: 0269/2018/DS
------	--

Der Vorsitzende drückt sein Bedauern über das Ableben von Herrn Florian aus.

Es sei geplant gewesen, mit Herrn Florian das weitere Vorgehen zu besprechen, da die Fraktion „Die Linke“ die Einsetzung eines Beirats für Menschen mit Behinderung beantragt habe (Vorlage 0046/2018/An). Neben diesem Antrag liege die aktuelle Vorlage neu vor und beide Vorlagen seien zu behandeln.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber erhält das Wort und legt dar, dass nach dem bedauerlichen Ableben von Herrn Florian eine Nachfolgeregelung gefunden werden müsse. Die CDU- als auch die SPD-Fraktion schlagen als Nachfolger für Herrn Florian Herrn Arno Jahner zum 01.04.2019 vor, da sich die Kombination eines ehrenamtlichen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und dem Runden Tisch bewährt habe.

Der Vorsitzende gibt Herrn Karl-Schostag Gelegenheit zur Stellungnahme.

Herr Karl-Schostag äußert sein Bedauern über das Ableben von Herrn Florian.

Er führt die Sichtweise der Fraktion „Die Linke“ aus, nach der es in Neumünster ca. 10.000 behinderte Personen gebe, die eine einzelne Person nicht hinreichend unterstützen könne. Mit der Personalie Arno Jahner als Nachfolger für Herrn Florian sei man einverstanden, wolle den Antrag auf Einrichtung eines Beirats für Menschen mit Behinderungen für sechs Monate zurückstellen. Diese Zeit solle für Rücksprachen mit Herrn Jahner genutzt werden.

Frau Lingelbach merkt an, dass der Runde Tisch zukünftig öfter als bisher einberufen werden könne.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage 0269/2018/DS abstimmen.

Beschluss:

Einstimmig beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

Anschließend wird darauf hingewiesen, dass der Antrag 0046/2018/An in der vorherigen

Ausschusssitzung am 20.11.2018 bereits zurückgestellt worden sei.

Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 0

Nein-Stimmen: 9

Enthaltung: 1

Beschluss:

Abgelehnt

Endgültig entscheidende Stelle:

Sozial- und Gesundheitsausschuss

12 .	Mitteilungen
------	--------------

Herr Erster Stadtrat Hillgruber berichtet, dass die Polizei mit dem Wunsch an die Stadtpräsidentin herangetreten sei, den Rat für Kriminalitätsprävention zu reaktivieren, dieser sich jedoch nicht ausschließlich mit Jugendkriminalität befassen solle, sondern je nach Thema sollen Expert*innen hinzugezogen werden. Der Vorsitz solle bei der Stadtpräsidentin angesiedelt sein.

Weiterhin berichtet Herr Erster Stadtrat Hillgruber, dass die Stadt von einer Erblasserin knapp 630.000 Euro geerbt habe, mit der Auflage, diese sozialen Zwecken oder kirchlichen Einrichtungen zuzuführen. Höhe und Umfang lägen im Ermessen der städtischen Sachbearbeitung.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss sei federführend für Maßnahmen nach dem Handlungskonzept Armut, die vorrangig aus der Erbschaft finanziert werden sollen.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber führt aus, dass etwa 100.000 Euro der Erbschaftsmittel dadurch gebunden seien, dass zum einen städtische Anteile ins Projekt „BIWAQ“ betreffend EU-Bürger*innen und zum anderen in Maßnahmen nach dem Teilhabe-Chancen-Gesetz geflossen seien bzw. fließen werden.

Mitglieder des Seniorenbeirats Einfeld, die bei der öffentlichen Sitzung anwesend sind, weisen auf den schlechten Zustand des AWO-Gebäudes am Fuhrkamp hin, der es vielen Bürger*innen nicht mehr ermögliche, die obere Etage aufzusuchen und an den dortigen Veranstaltungen teilzunehmen. Es werde um die Unterstützung der Stadt für die Errichtung eines neuen Gebäudes gebeten. Die Seniorenbeiratsmitglieder verteilen hierzu Unterlagen an Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber sowie die Ausschussmitglieder.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber führt aus, dass dem Wunsch der AWO Folge geleistet werden solle, das Gebäude an die AWO zu verkaufen.

Sami Inci
(Ausschussvorsitzender)

Gudrun Folchert
(Geschäftsführerin SGA)